// Im Blickpunkt

Streitig ist, ob eine Verständigungsvereinbarung nach der EU-Schiedskonvention auch dann noch in nationales Recht umgesetzt und vollzogen werden kann, wenn im konkreten Fall bereits Festsetzungsverjährung eingetreten ist. *Lühn* ergänzt dazu die Ausführungen von *Loh/Steinert* (BB 2008, 2383). Die Änderungen bei inländischen Vermietungseinkünften ausländischer Kapitalgesellschaften infolge des JStG 2009 behandeln *Lindauer/Westphal*. Wie Verluste nach Anteilsübertragung unter Beachtung des Verlustverwertungsverbots nach § 8c KStG genutzt werden können, untersucht *Neyer*.

Udo Eversloh, Ressortleiter Steuerrecht

Entscheidungen

BFH: Rückwirkender Wechsel von der Ist- zur Sollbesteuerung

Der BFH hat mit Urteil vom 10.12.2008 – XI R 1/08 – entschieden: Ein rückwirkender Wechsel von der Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten (§ 20 UStG) zur Besteuerung nach vereinbarten Entgelten (§ 16 UStG) ist bis zur formellen Bestandskraft der jeweiligen Jahressteuerfestsetzung zulässig.

Volltext des Urteils: // BB-ONLINE BBL2009-411-1 unter www.betriebs-berater.de

BFH: Umsatzsteuerpflicht von sonstigen Glücksspielen mit Geldeinsatz

Mit Beschluss vom 17.12.2008 – XI E 79/07 – hat der BFH dem Europäischen Gerichtshof die Frage zur Vorabentscheidung vorgelegt, ob es mit Art. 135 Abs. 1 Buchst. i MWStSystRL vereinbar ist, dass nach § 4 Nr. 9 Buchst. b UStG nur bestimmte Wetten und Lotterien von der Umsatzsteuer befreit und sämtliche „sonstige Glücksspiele mit Geldeinsatz" von der Steuerbefreiung ausgenommen sind.

Volltext des Beschl.: // BB-ONLINE BBL2009-411-2 unter www.betriebs-berater.de

BFH: Einbezug des Krankengelds in den Progressionsvorbehalt

Mit Urteil vom 26.11.2008 – X R 53/06 – hat der BFH entschieden, es sei verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, dass das von einem freiwillig in einer gesetzlichen Krankenkasse Versicherten bezogene Krankengeld nach § 32b Abs. 1 Nr. 1 EStG in den Progressionsvorbehalt einbezogen wird. Zu den hier genannten Ersatzleistungen gehöre auch das Krankengeld, das als steuerfreie Sozialleistung nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) bezogen wird, d. h. Krankengeld, das eine gesetzliche Krankenkasse auszahlt – unabhängig davon, ob der Bezieher des Krankengeldes pflichtversichert oder freiwillig Mitglied der gesetzlichen Krankenkasse geworden sei. Nicht in den Progressionsvorbehalt einbezogen werde dagegen das Krankengeld, das eine private Krankenversicherung ihren Versicherten gewährt.

Volltext des Urteils: // BB-ONLINE BBL2009-411-3 unter www.betriebs-berater.de

BFH: Einscheidungskompetenz über Einspruch

Mit Urteil vom 18.11.2008 – VIII R 16/07 – hat der BFH entschieden: Bei Beauftragung mit einer Außenprüfung (§ 195 S. 2 AO) hat das beauftragte FA über den gegen die Prüfungsanordnung gerichteten Einspruch zu entscheiden, wenn auch die Prüfungsanordnung von ihm – und nicht vom beauftragenden Finanzamt – erlassen wurde.

Volltext des Urteils: // BB-ONLINE BBL2009-411-4 unter www.betriebs-berater.de

Verwaltungsanweisungen

BMF: Ertragsteuerliche Beurteilung von ärztlichen Laborleistungen

Mit Schreiben vom 12.2.2009 – IV C 6 – S 2246/08/10001 – hat das BMF zur ertragsteuerlichen Behandlung von ärztlichen Laborleistungen zwischen denjenigen Leistungen eines niedergelassenen Laborarztes und denjenigen von Laborgemeinschaften unterschieden. Bei Letzteren ist wiederum nach Laborleistungen an Mitglieder und an Nichtmitglieder zu differenzieren. Erster erzielt danach Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit. Bei Leistungen von Laborgemeinschaften an Mitglieder besteht eine Mitunternehmerschaft, wenn sie Gewinne erzielt. Sonst liegt eine Kosten-/Hilfsgemeinschaft vor. Bei Leistungen von Laborgemeinschaften an Nichtmitglieder ist zu prüfen, ob eine eigenverantwortliche Tätigkeit der Laborgemeinschaft unter Berücksichtigung der Zahl der Angestellten und der durchgeführten Untersuchungen noch gegeben ist.

Volltext des Schr.: // BB-ONLINE BBL2009-411-5 unter www.betriebs-berater.de

BMF: Zuzahlungen des Arbeitnehmers zu den Anschaffungskosten eines betrieblichen Kraftfahrzeugs

Das BMF hat mit Schreiben vom 6.2.2009 – IV C–5–S–2334/08/10003 – klargestellt, dass das BFH-Urteil vom 18.10.2008 – VI R 59/06 – nicht über den Einzelfall hinaus anzuwenden ist. Der BFH hatte für einschlägige Fälle den Werbungskostenabzug in Form der linearen AfA auch dann für zulässig erachtet, wenn die 1 %-Regelung zur Anwendung kommt. Das BMF sieht darin lediglich eine Minderung des geldwerten Vorteils.

Volltext des Schr.: // BB-ONLINE BBL2009-411-6 unter www.betriebs-berater.de

BMF: Vom Arbeitnehmer selbst getragene Aufwendungen bei der Überlassung eines betrieblichen Kraftfahrzeugs

Das BMF hat mit Schreiben vom 6.2.2009 – IV C 5 – S 2334/08/10003 – darauf hingewiesen, dass das BFH-Urteil vom 18.10.2008 – VI R 57/06 – nicht über den Einzelfall hinaus anzuwenden ist. Der BFH hatte auch hier den Werbungskostenabzug für Fälle gewährt, in denen ein Fahrtenbuch geführt worden ist. Das BMF vertritt die Auffassung, dass der Arbeitnehmer nicht bereichert sei. Seine Aufwendungen flössen nicht in die Gesamtkosten ein. Daher sei kein Werbungskostenabzug möglich.

Volltext des Schr.: // BB-ONLINE BBL2009-411-7 unter www.betriebs-berater.de

BMF: Kapitalertragsteuer-Anmeldung für Investmentvermögen

Mit Schreiben vom 9.2.2009 – ICV C 1–S 1980-1/07/0005 – hat das BMF das Muster für den Vordruck InvSt 4B an das Unternehmensteuerreformgesetz 2008 (BGBl. I 2008, 1912) und an das JStG 2009 (BGBl. I 2008, 2794) angepasst.

Volltext des Schr.: // BB-ONLINE BBL2009-411-8 unter www.betriebs-berater.de

Ständige Mitarbeiter im Steuerrecht: RA StB Dr. Stefan Behrens, Frankfurt a. M.; **Dipl.-Kfm. StB Oliver Dörfler**, Frankfurt a. M.; **Prof. Dr. W. Christian Lohse**, Vorsitzender Richter am FG München a. D.; **Dipl.-Kffr. StBin Martina Ortmann-Babel**, Stuttgart; **Dr. Jürgen Schmidt-Troje**, Präsident des FG Köln, Köln; **Prof. Dr. Roman Seer**, Bochum; **StB Dr. Andreas Söffing**, Frankfurt a. M.; **Dr. Roland Wacker**, Richter am BFH, München; **Dipl.-Kfm. StB Lars Zipfel**, Stuttgart